

Amtsblatt

der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Teil I

Nummer 17

Ausgegeben in München am 18. September 2006

Jahrgang 2006

Inhalt

Seite

I. Rechtsvorschriften

Bayerische Verordnung zur Verwendung der Deutschen Gebärdensprache und anderer Kommunikationshilfen im Verwaltungsverfahren und in der Kommunikation mit der Schule (Bayerische Kommunikationshilfenverordnung – BayKHV) 226

Bayerische Verordnung zur Zugänglichmachung von Dokumenten für blinde, erblindete und sehbehinderte Menschen im Verwaltungsverfahren (BayDokZugV) ... 228

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Änderung der Bekanntmachung über die Bestellung eines Fachberaters für den Ethikunterricht an den Gymnasien 230

Änderung der Bekanntmachung über den Schulversuch zur Erprobung neuer Ausbildungsangebote in Pflegeberufen 230

Zulassung von Lernmitteln 230

III. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen

—

I. Rechtsvorschriften

805-9-1-A

Bayerische Verordnung zur Verwendung der Deutschen Gebärdensprache und anderer Kommunikationshilfen im Verwaltungsverfahren und in der Kommunikation mit der Schule (Bayerische Kommunikationshilfenverordnung – BayKHV)

Vom 24. Juli 2006 (GVBl S. 432)

Auf Grund des Art. 11 Abs. 2 des Bayerischen Gesetzes zur Gleichstellung, Integration und Teilhabe von Menschen mit Behinderung (Bayerisches Behindertengleichstellungsgesetz – BayBG) vom 9. Juli 2003 (GVBl S. 419, BayRS 805-9-A) erlässt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Anwendungsbereich

(1) Die Verordnung gilt für alle hör- oder sprachbehinderten Personen, die Beteiligte eines Verwaltungsverfahrens sind, sowie für hör- oder sprachbehinderte Eltern nicht hör- oder sprachbehinderter Kinder bei der Kommunikation mit Schulen (Berechtigte).

(2) ¹Der Anspruch auf Kommunikation gemäß Art. 11 Abs. 1 Sätze 1 und 2 BayBG besteht gegenüber jedem Träger öffentlicher Gewalt im Sinn des Art. 9 Abs. 1 Satz 1 BayBG und gegenüber den Staatsanwaltschaften, soweit diese ein Verwaltungsverfahren durchführen (Verpflichtete). ²Für den Vollzug der Kommunikationshilfen gemäß Art. 11 Abs. 1 Satz 3 BayBG sind die örtlichen Träger der Sozialhilfe zuständig.

§ 2

Voraussetzungen und Umfang der Ansprüche

(1) ¹Der Anspruch auf Kommunikation gemäß Art. 11 Abs. 1 Sätze 1, 2 und 3 BayBG besteht nur, soweit die Verwendung von Gebärdensprache oder anderen Kommunikationshilfen zur Wahrnehmung eigener Rechte in einem Verwaltungsverfahren oder zur Kommunikation der Berechtigten mit der Schule erforderlich ist. ²Er besteht nicht, wenn die Verpflichteten das Verwaltungsverfahren schriftlich durchführen und die hör- oder sprachbehinderte Person ihre Rechte durch schriftliche Äußerung ausreichend wahrnehmen kann.

(2) ¹Die Berechtigten haben nach der Besonderheit des Einzelfalls einen Anspruch auf Hinzuziehung einer Gebärdensprachdolmetscherin oder eines Gebärdensprachdolmetschers oder auf Hinzuziehung anderer geeigneter Kommunikationshilfen, wenn die Verwendung der Kommunikationshilfe erforderlich ist und im konkreten Fall eine für die Wahrnehmung eigener Rechte im Verwaltungsverfahren erforderliche Verständigung oder eine barrierefreie Kommunikation mit der Schule sicherstellt. ²Die Kommunikationshilfen sind von den Berechtigten selbst zur Verfügung zu stellen. ³Dies gilt nicht, wenn die Verpflichteten sie selbst zur

Verfügung stellen und dies den Berechtigten unverzüglich nach Ausübung des Wahlrechts nach Abs. 3 mitteilen.

(3) ¹Die Berechtigten haben ein Wahlrecht hinsichtlich der zu benutzenden Kommunikationshilfe. ²Die Wahlentscheidung ist den Verpflichteten rechtzeitig mitzuteilen; sie kann nachträglich nur geändert werden, wenn dafür ein sachlicher Grund vorliegt und die Änderung nicht zu einer erheblichen Verzögerung des Verfahrens führt. ³Die Verpflichteten können die ausgewählte Kommunikationshilfe zurückweisen, wenn sie mit Mehrkosten verbunden oder ungeeignet oder nicht erforderlich ist. ⁴Zudem können die Verpflichteten die Berechtigten auf eine von ihnen zur Verfügung gestellte Kommunikationshilfe verweisen, sofern diese für die Berechtigten geeignet ist.

(4) Von der Hinzuziehung von Kommunikationshilfen nach Abs. 2 kann abgesehen werden, wenn eine sofortige Entscheidung wegen Gefahr im Verzug oder im öffentlichen Interesse notwendig erscheint oder wenn durch die Hinzuziehung von Kommunikationshilfen die Einhaltung einer für die Entscheidung maßgeblichen Frist in Frage gestellt würde.

§ 3

Grundsätze für eine angemessene Vergütung oder Aufwendungserstattung

(1) ¹Soweit die Berechtigten die Kommunikationshilfe selbst zur Verfügung stellen, erstatten die Verpflichteten den Berechtigten auf Antrag die notwendigen Aufwendungen für Gebärdensprachdolmetscherinnen oder Gebärdensprachdolmetscher, Gebärdensprachkursleiterinnen oder Gebärdensprachkursleiter, Kommunikationsshelferinnen oder Kommunikationsshelfer mit bis zu 75 v. H. der nach dem Gesetz über die Vergütung von Sachverständigen, Dolmetscherinnen, Dolmetschern, Übersetzerinnen und Übersetzern sowie die Entschädigung von ehrenamtlichen Richterinnen, ehrenamtlichen Richtern, Zeuginnen, Zeugen und Dritten (Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz – JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl I S. 718, 776) für Dolmetscher geltenden Sätze in der jeweils geltenden Fassung. ²Bei Nutzung der übrigen Kommunikationshilfen im Sinn des § 3 Abs. 2 tragen die Verpflichteten die entstandenen Aufwendungen, soweit sie notwendig und angemessen sind. ³Die entstandenen Aufwendungen hat die berechtigte Person nachzuweisen. ⁴Auf Wunsch der Berechtigten können die Verpflichteten die Aufwendungserstattung direkt an den Erbringer der Leistung auszahlen.

(2) ¹Eine Kostenerstattung nach Abs. 1 entfällt, wenn die Berechtigten trotz Bereitstellung durch die Verpflichteten die Gebärdensprachdolmetscherin oder den Gebärdensprachdolmetscher, die Gebärdensprachkursleiterin oder den Gebärdensprachkursleiter oder die andere Kommunikationshilfe selbst zur Verfügung stellen. ²Eine Kostenerstattung nach Abs. 1 entfällt ebenfalls, wenn die berechtigte Person ein Hilfsmittel heranzieht, das hör- oder sprachbehinderte Menschen unabhängig von der Wahrnehmung eigener Rechte in einem konkreten Verwaltungsverfahren sowie unabhängig von der Kommunikation mit der Schule regelmäßig von den Sozialleistungsträgern zur Verfügung gestellt wird.

(3) Stellen die Verpflichteten die Kommunikationshilfe selbst zur Verfügung, tragen sie die dadurch entstehenden Kosten.

§ 4

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. September 2006 in Kraft; sie tritt mit Ablauf des 31. Juli 2008 außer Kraft.

München, den 24. Juli 2006

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

805-9-2-A

**Bayerische Verordnung
zur Zugänglichmachung von
Dokumenten für blinde, erblindete und sehbehinderte Menschen
im Verwaltungsverfahren
(BayDokZugV)**

Vom 24. Juli 2006 (GVBI S. 434)

Auf Grund des Art. 12 Abs. 2 des Bayerischen Gesetzes zur Gleichstellung, Integration und Teilhabe von Menschen mit Behinderung (Bayerisches Behindertengleichstellungsgesetz – BayBG) vom 9. Juli 2003 (GVBI S. 419, BayRS 805–9–A) erlässt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Anwendungsbereich

(1) Die Verordnung gilt für alle natürlichen Personen, die als Beteiligte eines Verwaltungsverfahrens wegen Blindheit, Erblindung oder einer anderen Sehbehinderung nach Maßgabe von Art. 2 BayBG zur Wahrnehmung eigener Rechte einen Anspruch darauf haben, dass ihnen Dokumente in einer für sie wahrnehmbaren Form zugänglich gemacht werden (Berechtigte).

(2) Die Berechtigten können ihren Anspruch aus Art. 12 Abs. 1 Satz 2 BayBG gegenüber jedem Träger öffentlicher Gewalt im Sinn des Art. 9 Abs. 1 Satz 1 BayBG, dem Bayerischen Rundfunk und der Landeszentrale für neue Medien (Verpflichtete) sowie gegenüber den Staatsanwaltschaften, soweit diese ein Verwaltungsverfahren durchführen, geltend machen.

(3) Auf das Bußgeldverfahren findet diese Verordnung keine Anwendung.

§ 2

Gegenstand der Zugänglichmachung

Der Anspruch nach Art. 12 Abs. 1 Satz 2 BayBG umfasst Bescheide, öffentlich-rechtliche Verträge und Vordrucke (Dokumente) einschließlich der Anlagen, die die Dokumente in Bezug nehmen.

§ 3

Formen der Zugänglichmachung

(1) Die Dokumente können den Berechtigten schriftlich, elektronisch, akustisch, mündlich oder in sonstiger Weise zugänglich gemacht werden.

(2) ¹Werden Dokumente in schriftlicher Form zugänglich gemacht, erfolgt dies in Blindenschrift oder in Großdruck. ²Bei Großdruck sind ein Schriftbild, eine Kontrastierung und eine Papierqualität zu

wählen, die die individuelle Wahrnehmungsfähigkeit der Berechtigten ausreichend berücksichtigen.

§ 4

Bekanntgabe

Die Dokumente sollen den Berechtigten, soweit möglich, gleichzeitig mit der Bekanntgabe auch in der für sie wahrnehmbaren Form zugänglich gemacht werden.

§ 5

Umfang des Anspruchs

(1) Der Anspruch der Berechtigten, dass ihnen Dokumente in einer für sie wahrnehmbaren Form zugänglich gemacht werden, besteht, soweit dies zur Wahrnehmung eigener Rechte im Verwaltungsverfahren erforderlich ist.

(2) ¹Die Berechtigten haben nach Maßgabe des Abs. 1 ein Wahlrecht zwischen den in § 3 Abs. 1 genannten Formen, in denen Dokumente zugänglich gemacht werden können. ²Die Wahlentscheidung ist den Verpflichteten rechtzeitig mitzuteilen; sie kann nachträglich nur geändert werden, wenn dafür ein sachlicher Grund vorliegt und die Änderung nicht zu einer erheblichen Verzögerung des Verfahrens führt. ³Die Verpflichteten können die ausgewählte Form, in der Dokumente zugänglich gemacht werden sollen, zurückweisen, wenn sie mit Mehrkosten oder mit erheblichem technischen oder verwaltungsorganisatorischen Mehraufwand verbunden oder ungeeignet ist oder in sonstiger Weise den Voraussetzungen des Abs. 1 nicht entspricht oder wenn die Zugänglichmachung dadurch entgegen § 4 unangemessen verzögert würde.

§ 6

Organisation und Kosten

(1) Die Dokumente können den Berechtigten durch die Verpflichteten selbst, durch andere Verpflichtete oder durch eine Beauftragung Dritter in einer für sie wahrnehmbaren Form zugänglich gemacht werden.

(2) ¹Die Vorschriften über die Kosten (Gebühren und Auslagen) öffentlich-rechtlicher Verwaltungstätigkeit bleiben unberührt. ²Auslagen für besondere Aufwendungen, die dadurch entstehen, dass den Be-

rechtigten Dokumente in einer für sie wahrnehmbaren Form zugänglich gemacht werden, werden nicht erhoben.

§ 7

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. September 2006 in Kraft; sie tritt mit Ablauf des 31. Juli 2008 außer Kraft.

München, den 24. Juli 2006

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

KWMBI I 2006 S. 228

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

223511.1-UK

Änderung der Bekanntmachung über die Bestellung eines Fachberaters für den Ethikunterricht an den Gymnasien

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 16. August 2006 Nr. VI.2-O 5125-6.80 825

1. Mit Wirkung vom 1. August 2006 wurde Oberstudienrat Rolf Roew vom Welfen-Gymnasium Schongau als Fachberater für Ethik an den Gymnasien in Bayern bestellt.
2. Die KMBek vom 1. Juni 1976 (KMBI I S. 165) wird wie folgt geändert:
„Oberstudienrat Hartmut Grosser, Wittelsbacher-Gymnasium München“
wird gestrichen und ersetzt durch
„Oberstudienrat Rolf Roew, Welfen-Gymnasium Schongau“.

Dr. Berggreen - Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBI I 2006 S. 230

1. In Satz 4 werden die Zahlen „2005/2006“ durch die Zahlen „2006/2007“ ersetzt.

2. In Satz 5 werden die Zahlen „2006/2007“ durch die Zahlen „2007/2008“ ersetzt.

Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. August 2006 in Kraft.

Dr. Berggreen - Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBI I 2006 S. 230

223011.114-UK

Zulassung von Lernmitteln

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 5. September 2006 Nr. III.4-5 S 1321.1-5.88 743

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schularten zugelassen.

Die mit * gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung.

Die mit ^R gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung und berücksichtigen die vom Rat für deutsche Rechtschreibung vorgelegten und von der Kultusministerkonferenz Anfang März 2006 beschlossenen Änderungen.

Lernmittelfreie Lernmittel

Allgemein bildende Schulen

Grundschule

Englisch

Oldenbourg Schulbuchverlag, München:

***Sally**, v. Bredenbröcker u.a.:

^{R4}: BN 00085, 1. Aufl. 06, 7,95 €, ZN 185/06-V (18.09.06)

223013-UK

Änderung der Bekanntmachung über den Schulversuch zur Erprobung neuer Ausbildungsangebote in Pflegeberufen

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 28. August 2006 Nr. VII.8-5 S 9202.14-3-7.84 947

Nr. 8 der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 5. August 2004 (KWMBI I S. 285) über den Schulversuch zur Erprobung neuer Ausbildungsangebote in Pflegeberufen, geändert durch Bekanntmachung vom 3. August 2005 (KWMBI I S. 250), wird wie folgt geändert:

HauptschuleDeutsch – Lesen

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

***Zwischen den Zeilen**, Hauptschule Bayern:

R7: v. Batzner u.a., BN 123137, Aufl. 06/**Druck A1**, 17,95 €, ZN 137/06-V (18.09.06), zugl. f.d. Jgst. 7/M7

Deutsch

– **Rechtschreiben, Sprachbetrachtung und schriftlicher Sprachgebrauch**

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

***Mit eigenen Worten**, Hauptschule Bayern:

R9: v. Böttger u.a., BN 123149, Aufl. 06/**Druck A1**, 17,95 €, ZN 163/06-V (18.09.06)

Hinweis:

Die nachfolgend genannten Werke gelten nach § 17 Abs. 2 ZLV in ihrer bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Mit eigenen Worten**, Hauptschule Bayern:

R5: v. Bernauer u.a., BN 123145, Aufl. 04/**Druck B106**, 17,95 €, ZN 104/04-V (18.09.06)

R8M: v. Böttger u.a., BN 123248, Aufl. 05/**Druck B105**, 18,95 €, ZN 148/05-V (18.09.06)

GymnasiumBiologie

Bayerischer Schulbuch Verlag, München:

RNautilus Biologie, Ausg. B, hrsg. v. Schauer:

8: BN 4138-7, 1. Aufl. 06, 16,90 €, ZN 119/06-G8 (18.09.06)

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

RBIOSkop, Gymnasium Bayern, hrsg. v. Hausfeld/Schuleberg:

8: BN 150512, Aufl. 06/**Druck A1**, 12,95 €, ZN 144/06-G8 (18.09.06)

Geschichte

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

RHistoire/Geschichte, Europa und die Welt seit 1945, Deutsch-französisches Geschichtsbuch, Gymnasiale Oberstufe, hrsg. v. Le Quintrec/Geiss, BN 416510, 1. Aufl. 06, 25 €, ZN 97/06-G8/G9 (18.09.06), zugl. **ab** Jgst. 10 im G8; auch zugl. **ab** Jgst. 11 im G9, hierfür befr. b.z. Abl. d. Schj. 10/11

Latein – Lehrbücher

C.C. Buchners Verlag, Bamberg/
Oldenbourg Schulbuchverlag, München:

***Latein mit Felix**, hrsg. v. Utz/Kammerer, zugl. in Latein als 1. FS:

R4: BN 5054, 1. Aufl. 06, 18,80 €, ZN 172/06-G8 (18.09.06), zugl. f.d. Jgst. 8

Latein – Lesebücher / Texte mit ausführlicher inhaltlicher Erläuterung

C.C. Buchners Verlag, Bamberg:

***STUDIO**, Kleine lateinische Texte zur Unterhaltung, zum Nachdenken und Weiterlesen, hrsg. v. Dürr/Heydenreich:

R17: Der tragische Held, BN 5737, 1. Aufl. 06/**Druck 06**, 7,40 €, ZN 149/06-G (18.09.06)

Mathematik

Bayerischer Schulbuch-Verlag, München:

***Mathematik:**

R8: v. Distel u.a., BN 0002-8, 1. Aufl. 06, 17,45 €, ZN 160/06-G8 (18.09.06)

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

***Fokus Mathematik**, Gymnasium Bayern:

R8: v. Freytag u.a., BN 540189, 1. Aufl. 06, 20,25 €, ZN 176/06-G8 (18.09.06)

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

***Lambacher Schweizer**, Mathematik für Gymnasien, Bayern, v. Schmid/Weidig:

R8: BN 731660, 1. Aufl. 06, 20,50 €, ZN 156/06-G8 (18.09.06)

Nicht lernmittelfreie, aber zulassungspflichtige
Lernmittel

Allgemein bildende Schulen

GrundschuleDeutsch – Sprache untersuchen

Schroedel Verlag, Braunschweig:

Hinweis:

Die nachfolgend genannten Werke gelten nach § 17 Abs. 2 ZLV in ihrer bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Kleeblatt · Das Sprachbuch – Arbeitsheft**, Bayern, hrsg. v. Menzel:

R3: BN 40823, Aufl. 02/**Druck B106**, 6,25 €, ZN 73/02-V (18.09.06)

R4: BN 40825, Aufl. 03/**Druck B106**, 6,25 €, ZN 36/03-V (18.09.06)

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Leporello – Arbeitsheft**, Bayern:

R2: v. Avila u.a., BN 125132, 1. Aufl. 01/**Druck A106**, 7,50 €, ZN 250/01-V (18.09.06)

Englisch

Oldenbourg Schulbuchverlag, München:

***Sally – Activity Book** (m. CD-ROM), v. Bredenbröcker u.a.:

R4: BN 00086, 1. Aufl. 06, 6,95 €, ZN 186/06-V (18.09.06); **die Zulassung beschränkt sich nur auf das gedruckte Arbeitsheft**

Hauptschule

Englisch

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***English H · Highlight – Workbook, Hauptschule Bayern:**

R5: v. Williams, BN 69990, 2. Aufl. 06, 7,95 €, ZN 306/01-V (18.09.06), zugel. f.d. Jgst. 9, **befr. b.z. Erscheinen eines dem amtlichen Lehrplan entsprechenden Lernmittels**

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt am 18. September 2006 in Kraft.

Erhard
Ministerialdirektor

KWMBI I 2006 S. 230